

FRAGEBOGEN

zur Antragstellung auf Erteilung / Verlängerung einer Ausnahmegenehmigung
vom Leitererfordernis für eine weitere Beratungsstelle / Zweigniederlassung
gem. § 34 Abs. 2 Satz 4 StBerG i. V. m. § 11 BOSTB

Name des Antragstellers: _____

Anschrift der beruflichen Niederlassung:

Anschrift der weiteren Beratungsstelle / Zweigniederlassung:

Angaben über den tatsächlichen Geschäftsumfang (Jahresumsatz in Euro):

- in der beruflichen Niederlassung: _____

- in der weiteren Beratungsstelle / Zweigniederlassung: _____

Angaben zur Art und Umfang des Mandantenstammes:

- in der beruflichen Niederlassung:

Anzahl der Mandate insgesamt: _____

hiervon:

Einzelunternehmen-Unternehmen: _____

Personengesellschaften: _____

GmbHs, AGs, usw.: _____

Arbeitnehmer und private Personen (ESt-Mandate): _____

- in der weiteren Beratungsstelle / Zweigniederlassung

Anzahl der Mandate insgesamt: _____

hiervon:

Einzelunternehmen-Unternehmen: _____

Personengesellschaften: _____

GmbHs, AGs, usw.: _____

Arbeitnehmer und private Personen (ESt-Mandate): _____

Angaben zur Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter:

- in der beruflichen Niederlassung

- in der weiteren Beratungsstelle / Zweigniederlassung

Anzahl der Ausbildungsverhältnisse:

- in der beruflichen Niederlassung: _____
- in der weiteren Beratungsstelle / Zweigniederlassung: _____

Angaben dazu, wie eine ordnungsgemäße Ausbildung in der weiteren Beratungsstelle gewährleistet wird:

Angaben zur räumlichen Entfernung und Verkehrsanbindung zwischen beruflicher Niederlassung und weiterer Beratungsstelle: _____ km

Angaben zur EDV-Vernetzung der beruflichen Niederlassung und weiterer Beratungsstelle / Zweigniederlassung (erforderlich ist eine detaillierte Darstellung der hierfür genutzten Übermittlungstechnik zwischen den Niederlassungen, wie z.B. VPN, ASP und der Software, insbesondere Kanzleiverwaltungsprogramme und Dokumentenablage):

Angaben dazu, wie sichergestellt wird, dass in der weiteren Beratungsstelle die wesentlichen im Rahmen der Hilfeleistung in Steuersachen anfallenden Schriftstücke (z.B. Einsprüche gegen Steuerbescheide, Stundungsanträge, Anträge auf Herabsetzung von Steuervorauszahlungen und auf Erlass von Säumniszuschlägen sowie die Rücknahme von Einsprüchen) von einem Steuerberater bzw. einer Steuerberaterin unterzeichnet werden, § 3 Abs. 3 S. 2 BOSTB:

Meine persönliche Anwesenheit beträgt pro Woche:

_____ Stunden in meiner beruflichen Niederlassung

_____ Stunden in der weiteren Beratungsstelle / Zweigniederlassung

Die **Bearbeitungsgebühr** in Höhe von 150,- € (§ 7 Abs. 1 Nr. 19 GebO StBK Hessen) habe ich am _____ auf das Konto der Kammer (Commerzbank AG IBAN: DE 44 5008 0000 0091 1288 02, BIC: DRESDEFFXXX, Verwendungszweck: Antrag § 34 Abs. 2 S. 4 StBerG + Name) überwiesen.

Datum: _____

Unterschrift und Kanzleistempel: _____

Hinweise zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten entnehmen Sie bitte unserer Datenschutzhin-formation <https://www.stbk-hessen.de/datenschutzhinformatio/> unter <https://www.stbk-hessen.de/>.